

Vorwort

1994 traf der Bundestag eine historische Entscheidung: Die soziale Pflegeversicherung (SPV) sollte als fünfte Säule der Sozialversicherung eingeführt werden. Heute, 25 Jahre später, hat sich die SPV grundsätzlich als Erfolg erwiesen. Doch sie ist in die Jahre gekommen.

Ein wichtiges Ziel der Pflegeversicherung war schon 1994, die Abhängigkeit Pflegebedürftiger von Sozialhilfe zu verringern und die Quote in der stationären Pflege bei maximal 20 Prozent zu halten. Das ist anfangs gelungen, mittlerweile steckt jedoch jeder dritte Pflegeheimbewohner in der Fürsorgefalle. Der Grund sind steigende Eigenanteile, die viele Pflegebedürftige nicht mehr aufbringen können. Je nach Berechnungsmodell könnten die Eigenanteile in den nächsten 25 Jahren um weitere 150 bis 300 Prozent steigen. Diese Entwicklung entzieht einer Sozialversicherung die Legitimation. Zumal steigende Beiträge die Situation weiter verschärfen werden: Diese haben sich seit 1996 bereits auf aktuell 3,05 Beitragssatzpunkte verdoppelt. Für das Jahr 2045 prognostiziert die Bertelsmann-Stiftung 4,25 Punkte.

Die Politik hat das Thema erkannt. Das Bundesgesundheitsministerium verfolgt verschiedene Gesetzesinitiativen, um die Situation sowohl in der ambulanten als auch in der stationären Pflege zu verbessern. Zum Beispiel sollen mehr Fachkräfte generiert, die Entlohnung verbessert werden. Dies führt jedoch zwangsläufig zu erheblichen Kostensteigerungen. Die in letzter Zeit intensiv geführte Debatte zeigt: Es herrscht nahezu Einigkeit darüber, dass grundlegende Reformen nötig sind. Die Frage ist nur: Welche sind geeignet, die SPV zukunftsfest zu machen? Von einer Dynamisierung der Beiträge bis zur Vollversicherung liegen unterschiedliche Ideen auf dem Tisch.

Der Pflegereport 2019 soll die Debatte voranbringen, indem er die wichtigsten Reformvorschläge anhand von Modellrechnungen tiefer analysiert. Zu den Reformmodellen gehört auch der Sockel-Spitze-Tausch, der auf breiter Basis als gangbarer Weg anerkannt ist – unter anderem machen sich vier Bundesländer in einer Bundesratsinitiative dafür stark. Dieses Modell sieht vor, die Eigenanteile auf einen fixen Betrag zu begrenzen, alles darüber hinaus übernimmt die Pflegeversicherung. Der Sockel-Spitze-Tausch würde also das bislang angewandte Finanzierungssystem umkehren und zu einer deutlich besseren finanziellen Sicherheit der Betroffenen beitragen. Finanziert werden kann dieses Modell mit einem Steuerzuschuss, zu dem die DAK-Gesundheit als erste gesetzliche Krankenkasse eigene Vorschläge erarbeitet hat.

Ein wichtiges Element der Pflegereports ist erneut eine Bevölkerungsbefragung. Ein Ergebnis: Auch immer weniger Bürgerinnen und Bürger akzeptieren das derzeitig gültige Modell zur Finanzierung der Pflegeheimkosten. Viele haben Angst, ihre Ersparnisse zu

verlieren oder die Pflege von Angehörigen selbst übernehmen zu müssen, weil ein Heim zu teuer wäre. Auch das zeigt die Dringlichkeit grundlegender Reformen – Pflege darf nicht zur Armutsfalle werden.



Andreas Storm

Vorstandsvorsitzender der DAK-Gesundheit

Hamburg, Oktober 2019